

Bei den ... Einzelheften ...

Die ... Einzelheften ...

Verleger: Zenitum 152 30-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Tagesordnung von Genua

Rom, 22. März.

Das "Giornale d'Italia" gibt folgende Tagesordnung der Konferenz von Genua bekannt:

- 1. Prüfung der geeigneten Verfahren zur Ausführung der Beschlüsse von Cannes.
2. Wiederherstellung des europäischen Friedens auf fester Grundlage.
3. Festlegung der Grundbedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens unter den verschiedenen Staaten ohne Verletzung der bestehenden Verträge.
4. Finanzfragen, nämlich: a) Münzweisen, b) Staats- und Notenbanken, c) Wechselkurs, d) Organisation des öffentlichen und privaten Besitzes.
5. Wirtschafts- und Handelsfragen, nämlich: a) Erleichterungen und Garantien für den Ein- und Ausfuhrhandel, b) gesetzliche Garantien für den Wiederaufbau des Handels, c) Schutz des Industrie- und literar. Eigentums, d) Konjunkturalwesen, e) Zulassung von Ausländern zur Ausübung des Handels, f) Technische Hilfe für den Wiederaufbau der Industrie, g) Verkehrsfragen.

Der erste Punkt bezieht sich auf die allgemeinen Arbeiten der Konferenz von Cannes und die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland sowie die Anerkennung der russischen Regierung. Die zweite und dritte Frage sind rein politischer Natur und werden von dem Ministerpräsidenten und den Außenministern bearbeitet, während die anderen Fragen von den Sachverständigenkommissionen erledigt werden.

Vor Genua

Vorkonferenz in Moskau

DA. Warschau, 22. März.

Die Sowjetregierung hat, wie "Kurjer Polski" erzählt, an die polnische Regierung wie auch an die drei baltischen Staaten die Einladung gerichtet, am 22. d. M. nach Moskau zwecks gemeinsamer Verständigung für die Genuaer Konferenz Regierungsvertreter zu senden. Die Einladung ist den baltischen Ministern noch vor deren Abreise nach Schweden der Konferenz in Warschau zugegangen. Der Termin der Konferenz ist aber derzeit noch nicht festzulegen, sondern durch ihre dort akkreditierten Gesandten sich vertreten lassen müssen. "Kurjer Polski" hält eine Beteiligung der polnischen Regierung an diesen Besprechungen für durchaus geboten, schon im Interesse der internationalen Beziehungen Polens.

Schlechte Finanzpolitik

Die Entscheidung der Reparationskommission zerfällt in zwei Teile. Nach den Bedingungen des Londoner Ultimatums hätte Deutschland im Reparationsjahr 1922 etwa 3 1/4 Milliarden, zum großen Teile in Gold, zahlen müssen. Die Vorzahlungen werden auf 720 Millionen Goldmark festgesetzt, für 1450 Millionen Goldmark sind Sachlieferungen zu leisten. Die Gesamtzahlung ist also um etwas mehr als eine Milliarde ermäßigt. Die Umwandlung eines großen Teils der Leistung in Sachlieferung bedeutet gleichfalls eine Erleichterung.

In diesem Teile ihrer Entscheidung hat sich die Reparationskommission an die Abmachungen von Cannes gehalten. Aber sie knüpft daran außerordentlich weitgehende Bedingungen. Diese sind doppelter Art. Die Kommission fordert, daß das deutsche Budget nach in diesem Jahre ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Vor dem 30. April müsse das Steuerkompromiß in Kraft gesetzt sein, außer diesem aber durch eine Zusatzsteuer eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark aufgebracht werden.

Dazu kommt die Einsetzung einer Kontrolle über die Ausführung der Steuererhebung, über den Eingang der Steuern und über Maßnahmen zur Verminderung der Ausgaben.

Seit Beendigung des Krieges ist hier ununterbrochen darauf hingewiesen worden, daß die Ordnung der Finanzen die wichtigste und grundlegendste Aufgabe der Regierungspolitik ist, daß ohne diese vor allem auch jede auswärtige Politik scheitern müsse. Die Lösung der Aufgaben ist immer wieder verschoben worden, und jede Verschiebung bedeutete eine neue Erschwerung. Denn unterdessen war das Defizit, waren die schwebenden Schulden, waren die Kosten der Verwaltung weiter vorgegriffen. Seit der Annahme des Ultimatums haben wir die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf für eine gründliche Finanzreform aufgerufen. Wir haben die Erfassung der Sachwerte gefordert und eine Steuererhebung, die ausreicht, um das Defizit herzustellen. Die bürgerlichen Parteien haben sich unseren Forderungen entgegengestellt. Das Steuerkompromiß läßt das Defizit bestehen, die Geldwertminderung fortauern, nun kommt als Zwang von

außen, was wir aus eigener Kraft hätten vollbringen müssen.

Dieser Zwang setzt ganz mechanisch ein. Innerhalb kurzer Zeit soll zu den jetzt vorgelegten Steuern und der kurzen Zeit sollen zu den jetzt vorgelegten Steuern und der von denen 40 Milliarden bis zum 31. Dezember einsehen müssen. Ob die Forderung in dieser Form und in dieser Zeit erfüllbar ist, muß auch dem fröhen erscheinen, der an sich die Aufbringung von großen Mitteln zur Deckung des Defizits für notwendig und möglich hält. Denn der Zwang von außen verstopft eine Quelle, die unter Umständen ergiebig hätte sein können: den Kredit. Die Reparationskommission fordert zwar von der deutschen Regierung einen Plan für eine innere Anleihe vorzulegen, aber der Zweifel ist begründet, ob der Plan unter der Herrschaft dieser Bedingungen realisierbar sein wird.

Die Verbindung der Zahlungsbedingungen mit den Garantieforderungen schafft deshalb eine außerordentlich schwierige Situation. Trotz ihrer Milderung sind die Zahlungsverpflichtungen so umfangreich, daß sie die Herstellung des Gleichgewichts im Budget in so mechanischer Weise und in so kurzer Zeit, wie es die Reparationskommission will, kaum möglich erscheinen lassen. Hinter der Nichterfüllung aber lauert die Drohung weiterer Eingriffe und Maßnahmen. Das verschlimmert die Situation, weil es darauf schließen läßt, daß die Zwangspolitik Poincaré gegenüber der Wirtschaftspolitik Englands sich doch in großem Umfange durchgesetzt hat. Es vermehrt die Gefahr für unsere auswärtige Politik, die bedroht ist, weil sie der Grundlage einer guten Finanzpolitik entbehrt.

Die Entscheidung hat deshalb eine große politische Erregung ausgelöst. Das Kabinett ist gestern bereits zu einer Sitzung zusammengetreten. In der Presse werden die Garantieforderungen als schwerer Einriff in die gesetzgeberische Souveränität Deutschlands bezeichnet und die Steuerforderungen der Reparationskommission als unermesslich ansehbar. Besonders erregt sind auch die Organe der Deutschen Volkspartei, und es ist nicht unmöglich, daß die Partei sich vom Steuerkompromiß zurückzieht. Jedenfalls ist die politische Spannung außerordentlich vermehrt.

Die Note der Reparationskommission

Paris, 22. März.

Die Entscheidung der Reparationskommission geht dahin, daß Deutschland im Jahre 1922 720 Millionen Goldmark in bar und für 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu leisten hat. Bis jetzt hat Deutschland 281 948 820,44 Goldmark geleistet; infolgedessen sind noch 4 805 107,51 Goldmark zu bezahlen, und zwar wie folgt: 18 061 079,51 am 15. April, je 50 Millionen am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober, je 50 Millionen am 15. November und am 15. Dezember. Von den Sachlieferungen sollen 650 Millionen Goldmark an Frankreich, der Rest an die übrigen Alliierten als Sachlieferungen werden die Erträge des britischen Recovery Act und alle durch ähnliche Dispositionen eingezeichneten Beträge anderer alliierter Regierungen auf Grund der Entscheidung vom 3. März 1921 ansetzen. Sollte eine Abänderung der deutschen Regierung oder ihrer Organe in den Sachlieferungen festgesetzt werden, dann wäre der dadurch verursachte Schaden bis 1922 in bar zu entrichten.

Schließlich der Finanzreform erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß unter den Verpflichtungen Deutschlands noch keinen Platz einnimmt. Die Reparationskommission stellt deshalb in klarer Weise fest, daß sie eine tiefgreifende Finanzreform und ein Aufheben der bisher bekannten Artzweck erwartet. Das Budget der nächsten Jahre soll ein Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und den Ausgaben aufweisen, das mit dem Defizit aus dem außerordentlichen Budget und dem Budget der öffentlichen Dienste ein Gesamtdéfizit von 18 061 079,51 Milliarden erzeuge. Das Defizit von 171 Milliarden sei, das müsse anerkannt werden, hinsichtlich der Reparationsschuld auf dem bis jetzt gültigen Zahlungsplan aufgebaut.

Der provisorische Kalkül

Der heute von der Reparationskommission für die nächsten drei Jahre 1922 vorgeschlagene Kalkül, wobei dieses Budget um ungefähr 45 Milliarden vermindert. Aber die Budgetberechnung sei auf einem Kalkül von 45 Milliarden für eine Goldmark hergeleitet, während der Frankreich 70 Milliarden sei. Das Defizit von 120 Milliarden werde also nicht abgedeckt werden, es sei denn, daß eine wirtschaftliche Verbesserung des Budgets der Papiermark einträte. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich anheide, eine innere Anleihe auszugeben, aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigende Garantien biete dafür, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Forderungen aus dem Vertrag von Versailles unverändert und schnell in das Budget aufgenommen werden müssen und zwar in dem besten Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müsse, entweder auf dem

Wege der Anleihen oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden. Es müsse aber wohl verstanden werden, daß der Zahlungsplan für 1922 nur provisorisch sei, und daß dessen endgültige Aufrechterhaltung von der strikten Beobachtung der Bedingungen abhängig sei, die Deutschland auferlegt würden.

Diese Bedingungen seien die folgenden:

- 1. Was das Budget betreffe:
a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgelegt sei, müßten zum spätesten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.
b) Die neuen Steuern und Kosten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien und die in Deutschland unter dem Namen "Steuerkompromiß" bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.
c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuerentwurf anarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922-23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das gesamte Budget verheißt, erbracht werde. Dieser Gesetzentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen. Diese neuen Steuern müßte die deutsche Regierung auswählen, jedoch wünsche die Reparationskommission, daß ein Budget geschaffen werde, das wenn möglich, eine neue und komplizierte Steuererhebung vermeide. Deshalb fordere die Kommission die deutsche Regierung auf, ein System anzunehmen, durch welches der Belastungsanstieg sich automatisch im Verhältnis der zukünftigen Erhöhung der deutschen Schuld gegenüber der Reichsbank und im Verhältnis des Einkommens der Kaufkraft der Mark auf dem inneren Markt erhöhe.
2. Was

die Kontrolle

anbetreffe: Alle gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Ueber die Ausführung der Maßnahmen feierlicher Art, die zur Realisierung des vorgeschriebenen Programms aufgestellt werden, soll zwischen Delegierten der deutschen Regierung und der Reparationskommission verhandelt werden. Die Reparationskommission werde durch den Garantienauschuss eine ständige umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die Ausführung der Steuererhebung, namentlich aber über den Eingang der Steuern ablegen könne. Die Reparationskommission werde Deutschland nötigenfalls auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um festzustellen, ob die Forderungen der Reparationskommission erfüllt werden. Hierfür sei vorgesehn, daß im April eine Revision des Ausgabebudgets erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen Währung vorgelegt und in das Stadium der Verhandlungen für die Aufnahme einer äußeren Anleihe eingeleitet werde. Schließlich soll bis zum 30. April

ein Programm gegen die Kapitalflucht

ein Programm über die Kontrolle der Auslandsdevisen und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwertes der deutschen Anleihe aufgestellt werden. Der Kontrollauschuss soll mit der deutschen Regierung auch ein Verfahren festlegen, um die Kontrolle über die Ausfuhr und über den Eingang der Devisen wirkungsvoller zu gestalten. Schließlich wird von der deutschen Regierung verlangt, daß sie alle nötigen Maßnahmen ergreife, um die Rückkehr der nach dem Zustand geschaffenen Kapitalflucht zu ermöglichen. Um in Zukunft Kapitalflucht zu verhindern, und um den Eingang der schon ausgesetzten Kapitalien zu ermöglichen wird die Reparationskommission eine besondere Prüfung vornehmen. Entlich wird verlangt, daß vor dem 31. Mai gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um die volle Anleihe der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung sicherzustellen. Die deutsche Regierung soll auch vor dem 31. Mai eine Wirtschaftspolitik wirtschaftlicher und finanzieller Art bekanntgeben. Die Reparationskommission behält sich übrigens vor, noch auf einzelne Fragen, die augenblicklich in der Schwebe sind, in einer besonderen Mitteilung zurückzukommen.

Blutige Wahlkämpfe in Ungarn

U. Budapest, 21. März.

Der Wahlkampf wird im ganzen Lande mit beispielloser Erbitterung geführt. Die oppositionelle Presse beklagt sich darüber, daß in der Provinz fast alle Wahlversammlungen der Regierungsgegner von organisierten Anpöpelgarden der Erwachten Ungarn gesprengt werden. In Budapest kam es gestern anlässlich einer Wahlversammlung zu blutigen Straßenkrawallen, wobei eine ganze Anzahl Personen verletzt wurde. Die "Magyar Hirlap" meldet, sollen auf Veranlassung der Kleinen Entente die in Budapest befindlichen Vertreter der alliierten Staaten Auftrag erhalten, die bevorstehenden ungarischen Wahlen zu überwachen. Als Grund wird angegeben, daß die ungarische Regierung sich bei der Wahllegislation unzulässiger Mittel bedient, um die Opposition mundtot zu machen und sich eine Mehrheit zu verschaffen.

Beginnende Einsicht?

In der Dienstagabend-Ausgabe der „Roten Fahne“ veröffentlicht der sächsische Kommunist Rudolf Kenner einen Artikel über die Stellung seiner Partei zur sächsischen Regierung. Es zitiert in der kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtages eine Strömung, die den Etat der sozialistischen Regierung ablehnen und sie damit zu Fall bringen will. Gegen dieses Vorhaben wendet sich Kenner; er wagt aber zunächst noch nicht zuzugeben, daß ein Unterschied zwischen einer reinsozialistischen und einer bürgerlich-sozialistischen Regierung besteht, da eine solche Einsicht offiziell in der kommunistischen Partei noch verboten ist. Zunächst redet er noch eine Spalte lang um den Kern der Sache herum und spricht auch dann noch nicht aus, daß man dem Etat zustimmen müsse, sondern er sucht es zunächst so hinzustellen, als sei es von keiner übermäßigen Bedeutung, ob man den Etat einer sozialistischen Regierung ablehne oder annehme. Trotzdem darf man den Artikel als den Versuch werten, der beginnenden Einsicht der sächsischen kommunistischen Landtagsfraktion den Weg zu bereiten.

Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß die Einigkeit des Proletariats dort relativ am größten ist, wo am meisten praktische Arbeit gemeinsam geleistet wird, in Sachsen, Thüringen, Braunschweig. Das Vorbereiten der Einigung des Proletariats in der praktischen politischen Zusammenarbeit ist viel natürlicher und geschichtlicher folgerichtiger als das negative Zusammenstreben in fruchtloser Opposition. Die Einsicht in diese einfache Erfahrung scheint sich auch bei den Kommunisten vorzubereiten; man scheint in der kommunistischen Partei Sachsens zu erkennen, daß es eine schwere Schädigung des Proletariats bedeuten würde, wenn die sozialistische Regierung gestürzt und durch Neuwahlen in einer ungünstigen Zeit die sozialistische Mehrheit gefährdet würde. In dem Artikel des Kommunisten Kenner findet sich die sehr richtige Bemerkung, daß die gegenwärtige Gleichgültigkeit des Proletariats einen günstigen Ausgang neuer Landtagswahlen nicht verspricht, daß man also auch nicht ohne zwingenden Grund eine Nachposition, wie sie die sächsische Arbeiterschaft in der sozialistischen Regierung innehat, preisgeben darf. Kenner schreibt:

„Was aber wird geschehen, wenn wir in Sachsen den Etat ablehnen? Nichts besonderes. Wir werden den Sozialdemokraten Gelegenheit bieten, auch in Sachsen mit der Volkspartei ins Ehebett zu steigen. Wir geben den nachhängigen billigen Agitationsstoff, zu erklären, daß wir die Einheitsfront nicht wollen. Dadurch aber, daß wir die SPD. mit den Deutschnationalen zusammenbringen, ohne gleichzeitig die Arbeiterschaft gegen den Kuppelbund mobilisieren, ist weder uns noch dem Proletariat gedient.“

Aus der „revolutionären“ Sprache, deren sich Kenner bedient, um seine Auffassung nicht allzu offen opportunistisch erscheinen zu lassen, in normalem Deutsch überseht, heißt das nichts anderes, als daß man eine sozialistische Regierung auf jeden Fall erhalten muß, wenn die Ablehnung des Etats nur dazu führen würde, an ihre Stelle eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung ans Ruder zu bringen. Kenner schreibt weiter:

„Die Aufgabe unserer Organisation kann deswegen jetzt nicht darin bestehen, innerhalb unserer Partei für oder gegen den Etat Stellung zu nehmen. Wir legen uns auf keinen Fall fest, Genosse Siwert wies schon hin, daß keiner von uns die Annahme oder Ablehnung auf jeden Fall will. Sondern unsere Aufgabe muß stets darin bestehen, in Verbindung mit der gesamten politischen Situation im Reich durch die Mobilisierung der Arbeitermassen den Boden zu schaffen, auf dem man für oder gegen den Etat stehen kann.“

Diese Ausführungen kann man als den erfreulichsten Versuch ansehen, endlich zu begreifen, daß die politischen Handlungen der Arbeiterklasse abhängig sind von den Machtverhältnissen des Proletariats, und zwar nicht nur der kommunistischen Partei, sondern der ganzen organisierten Arbeiterschaft. Wir wünschen sehr, daß sich die beginnende Einsicht in der kommunistischen Partei zum Nutzen des gesamten Proletariats ausbreiten und daß an die Stelle der zersetzenden Bemühungen, „den Sozialverrättern die Maske vom Gesicht zu reißen“, die praktische Mitarbeit an der realen Machterweiterung der Arbeiterklasse treten möge.

Die preußische Schutzpolizei

Mehr Armeesoldaten und mehr Militarismus!

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtags begann gestern die Beratung über den Etat der Schutzpolizei. Für die Schutzpolizei werden angefordert: 1.738.199.641 Mark an ordentlichen Ausgaben und 378.694.900 Mark an außerordentlichen Ausgaben. Dazu kommen noch die Ausgaben für die allgemeine Polizeiverwaltung in Höhe von 401.679.444 Mark. Für den Staatskommissar für öffentliche Ordnung werden 229.000 Mark angefordert, für die Landjäger 216.200.841 Mark, so daß sich die Gesamtausgaben für das Polizeiwesen in Preußen auf über 3 Milliarden Mark belaufen.

Die Deutschnationalen hatten eine große Auseinandersetzung mit Severing angekündigt. Die Debatte endigte aber schließlich in allgemeinem Wohlgefallen. Minister Severing legte einlang die Stellung der preussischen Regierung zur neuesten Note der Entente dar. Er betonte, daß zwar gewisse Einschränkungen nicht zu umgehen seien, jedoch könne den Forderungen der Entente im allgemeinen nicht Rechnung getragen werden. Politische Schwierigkeiten und die Gefahr neuer Unruhen zwingen den Staat zur Aufrechterhaltung einer kampfbereiten Schutzpolizei, und das um so mehr, als die Reichswehr für polizeiliche Zwecke nicht verwendet werden könnte.

Die bürgerlichen Redner trumpten dann gehässig gegen die neue Note auf. Der deutschnationale Herr von der Osten verlangte, der Entente zu antworten: Was hierher und nicht weiter. Die Polizei müsse fest in der Hand ihrer Führer bleiben. Dazu bedürfe es einer strengen Disziplin. Die Armeesoldaten hätten sich in der Polizei glänzend bewährt, auf sie müsse bei Neubestellungen in erster Linie zurückgegriffen werden. Herr von Deynandter sagte, die Polizei zertrümmere die Grundlage des Staates zertrümmere. Eine stramme Polizei sei die Voraussetzung für eine geregelte Produktion in Industrie und Landwirtschaft. Die Ausgaben für sie seien daher gut angelegt, auch wenn sie noch so hoch wären. Für die Demokraten erklärte Herr Dominicus ebenfalls sein „bis hierher und nicht weiter“. Dann betonte er, daß es ihm heute noch mit Stolz und Bewunderung als Minister erlaube, einmal einer Besichtigung belgerwohnt zu haben, wo unter der Leitung eines sozialistischen Polizeipräsidenten ein Häuserkampf vorgeführt wurde. Der höchste Moment war dabei die

Erklärung eines Hauses, in dem sich die Führer des Kupruhs festgesetzt hatten.

Genosse Nabel: Die Polizei ist in ihrer heutigen Aufmachung den ihr gestellten Aufgaben nicht gewachsen. Die Schutzpolizei war von Anfang an als militärische Gendarmerie gedacht. Dieser Charakter ist ihr bis heute noch nicht genommen worden. Das ergibt sich aus ihrem ganzen Aussehen, und nicht zuletzt an der Art ihrer Ausbildung. Eine noch militärischen Gesichtspunkten ausgebildete Schutzpolizei kann aber niemals das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Die Kasernierung schließt die Polizei von der Bevölkerung hermetisch ab, dadurch bekommt die Polizei einen feindseligen Zus. gegenüber der Zivilbevölkerung. Armeesoldaten gehören nicht in die Schutzpolizei. Sie sind es, die den militärischen Geist pflegen und dadurch auch den Besten der unteren Beamten den Dienst verkehren. Es ist schon aus finanziellen Gründen unerschwinglich, eine derartige starke Schutzpolizei zu unterhalten. Daher muß schleunigst mit dem Abbau begonnen werden. Den besten Ausweg bietet die Kommunalisierung der Polizei. Die Herausnahme der Mannschaften aus den Kasernen und die Entmilitarisierung ist eine Forderung, die so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse.

Die Beratungen wurden dann nach weiteren Bemerkungen auf Donnerstag vertagt.

Internationale Beratungen

Die Konferenz in Berlin am 2. April

Wie bereits bekannt, ist zwischen den drei internationalen Exekutiven von London, Moskau und Wien eine Uebereinkunft zustande gekommen, daß eine gemeinsame Beratung der Vertreter dieser drei Exekutiven stattfinden soll, die die Frage zu prüfen hat, ob eine gemeinsame Einladung einer allgemeinen internationalen Konferenz durch die drei Exekutiven erfolgen kann. Nur die Feststellung des Datums war mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Die Vertreter der Zweiten Internationale hatten sich gegenüber der einladenden Exekutive der J. A. S. P. zunächst einverstanden erklärt, die Besprechung bereits am 20. März stattfinden zu lassen. Da jedoch die Antwort der Moskauer Exekutive erst am 10. März in Wien eintraf, mußte schon mit Rücksicht darauf, daß die Moskauer Vertreter zehn Tage Reisezeit beanspruchten, von diesem Datum Abstand genommen werden, und wurde von der Exekutive der J. A. S. P. der 25. März in Vorschlag gebracht. Dieser Tag war jedoch für die Vertreter der Londoner Exekutive nicht möglich, die nun ihrerseits den 2. April vorschlugen. Auf diesen Vorschlag antwortete Nabel heute im Auftrag der Moskauer Exekutive: „Wenn Datum und Zusammenkunft der Wiener und Londoner Exekutive endgültig fixiert ist, müssen wir zustimmen, obwohl jede Verschiebung der Sache der allgemeinen Konferenz schadet.“ Da nun sowohl von Seiten der Zweiten als auch von der Dritten Internationale die Zustimmung erfolgt ist, hat der Sekretariat der J. A. S. P. die Sitzung definitiv für den 2. April nach Berlin ins Gewerkschaftshaus anberaumt.

Die Zahl der Teilnehmer jeder Exekutive wurde ursprünglich von dem Bureau der J. A. S. P. im Regimur auf sechs vorgeschlagen. In den Verhandlungen in Frankfurt sprachen die Vertreter der Zweiten Internationale jedoch den Wunsch aus, mit Rücksicht auf ihre Organisationsverhältnisse dieses Maximum auf zehn zu erhöhen. Das Bureau der J. A. S. P. erklärte sich hierzu bereit, obwohl die Schwierigkeiten einer erstmaligen derartigen Verhandlung mit der Zahl der Teilnehmer steigt. Von der Moskauer Exekutive sind vorläufig als wahrscheinliche Vertreter Nabel (Moskau), Trotski (Paris) und Klara Zetkin (Berlin) bekanntgegeben worden. Die Exekutive der Zweiten Internationale hat die Namen ihrer Vertreter noch nicht mitgeteilt. Die Vertreter der J. A. S. P. werden in einer Exekutivtagung am 1. April in Berlin bestimmt werden.

Zur Maifeier 1922

Aufruf des Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbundes

Völkerrieden, Achtsundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, das war bei jeder Maifeier die Losung.

Völkerrieden! Ungeheuerliches liegt hinter uns. Die Völker der Welt haben sich zerstückt, obgleich sie nach Frieden schrien. Der Friede kam. Er wurde diktiert von der Gewalt, obgleich der Friede von heute ist die Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Haben die Massen erst gebuhlet, so keuschen sie jetzt unter Rot und Entbehrungen, Teuerung und Hunger auf ihnen. Der Hunger schwingt unerträglich seine Geißel über dem Proletariat der ganzen Welt. So will es die Gewalt! Erhebt dagegen am 1. Mai eure Stimme! Trebet ein für wirklichen Völkerrieden und Völkerverständigung!

Achtsundentag! Der Zusammenbruch, mit dem Krieg endete, er hat ihn uns gebracht. Er konnte der ihn einmütig verlangenden Arbeiterschaft nicht länger vorenthalten werden. Leider fand die große Zeit ein kleines Geschlecht. Die Arbeiter haben mit ihrem Blunde schlecht gewuchert. Richtungslos streifen zerissen die Arbeiterbewegung, und immer mehr konnte der Gegner wieder festen Fuß fassen. Und er greift auch nach dem Achtsundentag. Seid auf der Hut! Gedankt gerade am 1. Mai, an dem ihr so oft für ihn eingetreten seid, der langen Kämpfe, die ihr um ihn geführt habt. Verteidigt den Achtsundentag!

Ausbau der Sozialgesetzgebung. Die Verfassung hat die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Damit ist in ganz anderer Weise noch als früher betont worden, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden muß. Aber was geschieht? Lasten über Lasten werden den Arbeitermassen aufgelegt und damit wird der verfassungsmäßige Grundloß in sein Gegenteil verkehrt. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn das Volk nicht mehr geschädigt werden soll, als ihm durch die Sozialgesetzgebung geholfen werden kann. Wahr ist aber auch sonst zu machen, was uns versprochen worden ist. Wir fordern am 1. Mai die Verwirklichung des Gedankens, daß die Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und den Wechseljahren des Lebens in anderer Weise als bisher zu schützen sind. Wir fordern das einheitliche Arbeitsrecht und die Sicherstellung des Koalitionsrechts.

Arbeiter, demonstrieret am 1. Mai für unsere Forderungen! Denkt dabei auch an die Stärkung der Gewerkschaften. Rüttelt die Lauen und die Schwüngen auf und führt sie euren Verbänden zu. Gestaltet den 1. Mai zu einem Eindrucksvollen, würdigen Festtage der organisierten Arbeiter!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Th. Delpert.

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Sch. Stähr.

Deutscher Reichstag

Mittwoch, den 22. März.

Die Kapitalverkehrssteuer

Der Reichstag hat die Besetzung von Reichstagen, die die Beschlüsse betreffen, eine Veranlagungssteuer, eine Einkommensteuer und eine Vermögenssteuer. Eine Vermögensverkehrssteuer wurde durch den Ausschuß aus dem Regierungsentwurf gestrichelt.

Abg. Herz (NSD.): beantragt, die vom Ausschuß beschlossene Veranlagungssteuer von Kreditinstituten der Gemeinden wieder aufzuheben. Die Besetzung der Gemeindefinanzen usw. durch die Kapitalverkehrssteuer ist durch nichts gerechtfertigt.

Abg. Bernheim (SPD.) wendet sich ebenfalls gegen die Veranlagungssteuer. Er stellt weiter nichts als einen Teilzug des Vermögensverkehrssteuer als gemeinnützigen Reichstagsantrag. Der Antrag Herz wird abgelehnt. Bei § 43 demselben:

Abg. Herz (NSD.): Hier hand. es sich um eine bedeutende Veränderung der Stellung der Sparkassen gegenüber den Banken, nicht um eine Gleichstellung, wie man es behauptet hat.

Der § 44 wird angenommen gegen die Stimmen der vier sozialistischen Fraktionen.

Zu § 61 beantragt Abg. Roeten (NSD.), die Ausschlagssteuer von 20 auf 10% zu erhöhen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der vier sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Bei § 77 führt Abg. Herz (NSD.) aus: Der Ausschuß hat die Steuerpflichtigkeit bekräftigt und an ihre Stelle eine Nachprüfung mittels Durchführung dieses Gesetzes gesetzt. Diese Nachprüfung ist viel wichtiger als die Steuerpflicht und qua. Sie ist deshalb als einen Anteil zur Steuerhinterziehung. Wir beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. — Der Antrag Herz wird gegen die Stimmen der vier sozialistischen Parteien abgelehnt. Die übrigen Paragraphen werden debattelos angenommen.

Erhöhung der Umsatzsteuer

Abgeordneter Brodow (Dem.) macht einige Bedenken gegen eine neue Erhöhung der Umsatzsteuer geltend. Hammer (D.): Du die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. wird der Forderung eine Belastung von 20 Milliarden Mark auferlegt. Es ist unerhört, eine Umsatzsteuer von 10 oder 15% zu verlangen, die übrigens, wie man schon mir erkläre hören kann, in absehbarer Zeit weiter erhöht werden soll.

Abg. Dieckhoff (NSD.): Durch die Umsatzsteuer wurde im vorangehenden Jahre die Summe von 9 Milliarden erreicht, trotzdem 60% aller Umsatz durch das Geld nicht gefaßt werden. 40% sind dem neugierigen Zugriff entzogen. Früher hat auch die Sozialdemokratie die Umsatzsteuer abgelehnt. 1919 hat sie diesen Weg verlassen. Die Deutsche Volkspartei ist ihr gefolgt. Herr Dieckhoff hat aber seine und grundsätzliche Ausführungen über prinzipielle Opposition einer Partei gemacht. In diesem Falle beantragt keine Partei sich recht nachahmlich zu verhalten. Selbstverständlich Da bei seiner Ablehnung der Erhöhung der Umsatzsteuer natürlich auf eine starke Vermögenssteuer zurückgegriffen werden müßte. Und dies in so großem Maße, daß die grundsätzliche Opposition in dieser Situation nicht aufrechterhalten werden kann. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß die Herren von der äußersten Rechten auf die von ihnen so heftig bekämpfte Erhöhungspolitik gar nichts mehr einzuwenden haben werden, wenn sie sicher sind, daß die

Lasten der Erhaltungspolitik vom Proletariat getragen

werden. (Lärm rechts. — Sehr richtig! links.) Unmittelbar abzulebende indirekte Steuern bilden den Kern und Mittelpunkt der gesamten Finanzreform. Die Umsatzsteuer, die von 1 1/2 auf 2% erhöht werden soll, ist das Kernstück der ganzen Steuerreform überhaupt. Aus dieser Umsatzsteuer sollen 24 Milliarden eintreiben. Die Einkommensteuer soll dagegen nur 23 Milliarden bringen. Durch nichts kann das Weite der gegenwärtigen Finanzpolitik besser und zutreffender charakterisiert werden, als durch diese Gegenüberstellung. Es wird betont, wenn die Preise so hoch sind, beuten die 2% Umsatzsteuer keine unverträgliche Belastung mehr. Für den Konsumanten handelt es sich nicht um 2%, sondern um das Vielfache von 2%. (Sehr wahr!) Wenn die Preise eine derartige Höhe erreicht haben und von Tag zu Tag weiter in die Höhe gehen, müssen Regierung und Parteien darauf bedacht sein, mehrere steuerliche Belastungen auf den Umsatz zu verlegen, um den untersten Volksschichten ersparhalten. (Sehr wahr!) Schließlich ist es ein Strohhalm, der letzte, der ihn außer dem wird, der das Lasten zum Zusammenbruch bringen kann. Die unteren Klassen legen ihren ganzen Geldbeutel in den von uns entbehrlichen Waren um. Sie sind nicht in der Lage, im Großen Einkäufe zu machen zu können, sie sind zu den teuren und teueren um härteren belasteten Detailkäufen gezwungen. Es werden besonders die letzten Polen- und Gehaltsbezieher. Der Antrag, die Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde abgelehnt. Die

Belastung der Genossenschaften

durch die Umsatzsteuer bedeutet eine doppelte Untragbarkeit für sie. Sie sind nicht anders als ein Vermittler für die Mitglieder der betreffenden Genossenschaft. Sie arbeiten zu Lasten im Auftrage ihrer Mitglieder. Wenn sich eine Anzahl von Einzelpersonen zu einem Kauf zusammenfinden, um die entbehrlichen Waren nachher an sich zu verteilen, so sind diese Einzelpersonen für die Verteilung von jeder Umsatzsteuer befreit. Wie sind der Aufstellung, daß dieses selbe Recht auch für die Genossenschaften gilt, die gar keine andere Funktion haben, als die Waren an ihre Mitglieder zu verteilen. In Sachsen, das sich als erstes einer sozialistischen Regierung erfreut, hat man in letzter Zeit in einem Falle der Gegenüberstellung Verhältnisse für die Genossenschaften und ihre Bedeutung hervorgehoben, das bei uns im Reich und bei der deutschen Regierung fehlt. Es wurde bestimmt, daß Erzeugnisse und Wirtschaftsgüter, deren Verkaufsbetrieb sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt, nicht Gewerbesteuer im Sinne des Gesetzes und in's geordnete Steuerrecht sind. Die Verteilung von solchen erzeugerischen Produkten steht auf der Höhe. Es entspricht auch durchaus nicht dem Geiste des Umsatzsteuergesetzes, wenn die Genossenschaften ebenfalls herangezogen werden, wie Einzelbetriebe und Privatpersonen. Unsere Anwaltschaft hat zunächst auch eine weitgehende Unterstützung im Ausschuß. In der ersten Lesung nicht nur bei den drei sozialistischen Parteien, sondern auch bei den bürgerlichen. Aber das Kompromiß kam. Die Sozialdemokratische Partei ließ ihre scharfe Sprache in die Schelle. Sie gab die Position kompromittiert preis. Nur der anderen Seite helfen die Deutschnationalen einen Antrag auf Verweisung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Genossenschaften in ihrer Gesamtheit sind ein Preis, aber was demers Entgegenkommen für die Genossenschaften, wenn man sich bereit fand, in diesem Falle

eine besondere Wut für die Landwirtschaft

zu haben. Man redet viel von der Notwendigkeit des Schutzes gegenüber dem Mittelstand. Der Mittelstand hat vorwärts von den Genossenschaften, sondern nur vom Großhandel alles zu kaufen. Das Umsatzsteuer ein Recht, dem die Konzentration des Kapitals zu stehen. Darum so wie es sich der Umsatzsteuer zu wehren. Wo nicht in diesem Antrag, sondern in dem ganzen Charakter des Umsatzsteuergesetzes liegt die Gefahr für den Mittelstand. Wie helfen den Antrag wieder auf, die Genossenschaften von der Verteilung von Umsatzsteuer zu befreien. Die Bestimmungen im Ausschuß haben unsere ursprüngliche Meinung gegen das Gesetz der Umsatzsteuer erhöht. Sie haben uns nicht davon überreden können, daß um der großen finanziellen Not willen wir nicht ansetzen sollten, die Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 2% zu erhöhen. Die Umsatzsteuer charakterisiert die Grundlage der neuen Steuerreform, nicht nur eine erhöhte Belastung der Konsumenten. Wie schon in ihr in denkbare Weise Gegenstand. (Sehr wahr!) (Lärm rechts auf der linken Seite.)

Fortsetzung des Berichts in der heutigen Abendausgabe.

Um den Manteltarif

Verlängerung bis Juli 1923?

Der städtische Manteltarif, der durch den Schieds-

Die neuen Verhandlungen über die Löhne der städtischen

Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so wird man erneut

Neuregelung des Krankenpfleger-

Ausbildungswesens

In der Weiterberatung der Vorläufe machten die bürgerlichen

In der Besprechung wurde von den bürgerlichen Parteien

An der am Montag Nachmittag und dem Ausschuss

Aus den Bezirken

In der Bezirksversammlung Kreuzberg berichtete der

Die Bezirksversammlung Charlottenburg beschäftigte sich

3-Zimmerwohnung als Bureau. Der Vertreter des Bezirks

Nachdem die Umarbeiten im ehemaligen Schulhaus

Der Höchstmietzuschlag

Vom Gau Berlin im Bunde deutscher Mieter-

Von den Aufgabebehörden erwartet die organi-

Der Hausbesitzerbund am Tepler Weg, zur Aufklärung

Infolge Schwierigkeiten in der Papierherstellung

Volkshausmann Poltzendorf, heute Donnerstag den

Besuch. Dem Genossen Georg Kasowshy, Verew-

Die Arbeiter-Kassen, heute Donnerstag, nachmittags

Große

öffentliche Professorenversammlung

Donnerstag, abends 7 Uhr

Die Teuerung und die neuen Steuern

Gewerkschaftliches

Zum Konflikt bei Merkur

Der Metallarbeiter-Verband ersucht um folgende Darlegung

Wir sind schon einmal mitgeteilt, letzten die Angestellten

Die Firma versendet nunmehr folgendes Schreiben:

Nachdem am Freitag, den 17. März 1922 zwischen dem

Wir erlauben Sie daher, sich bis zum Donnerstag, den

Wir stellen fest, daß nach Anschein der Firma gar kein

Am Freitag, den 24. März 1922, am Donnerstag, den 23. d. M.

Die Parteiveranstaltungen

Der Vortrag des Herrn. Brömer muß am Freitag dieses

Die Parteiveranstaltungen

Freitag, den 24. März.

Freitag, den 24. März.

Freitag, den 24. März.

Freitag, den 24. März.

Freitag, den 24. März.

Kukirol
besitzt schnell sicher und schmerzlos
Höhneraugen
Honigsalz-Schwielchen-Warzen
In Apotheken & Drogerien erhältlich

LEBENSMITTEL HERMANN Tietz WEBENMITTEL

Kohlrüben Pfd. 70 Pf.
 Erbschöcken... Pfd. 1.10
 Mohrrüben... Pfd. 1.10
 Weisskohl... Pfd. 2.25
 Wirsingkohl... Pfd. 5.75
 Meerrettig... Pfd. 12.50
 Sellerie... Pfd. 4.75

Grüne Erbsen Pfd. 4.25
 Kab. 110 Kop. Jos. im Ganzen, P. 5.50
 Merian... P. und 4.50
 Spollen... P. und 13.10
 Makrelobdlinge... P. und 7.00
 Grosse Salzheringe sack 1.05

Gem. Marmelade 6 Pf.
Kaninchen 9 Pf.
 1920er Hackenheimer Galgenberg 18.50
 1919er Oberharrer Makammerer 17.50
 1919er Braunerger 22.50
 1919er Niersteiner 21.00

Frisches Fleisch
 Kalbrücken... Pfd. 17.00
 Kalbsknochen... Pfd. 19.00
 Schweineschinken... Pfd. 28.00
 Schweinekamm... Pfd. 30.00
 Geräuchertes... Pfd. 22.00
 Prima Hammelkeulen... Pfd. 28.00

Prima Hammelrücken 24.00
Schweinehälften gefroren 8 Pf.
 Preis ohne Fleisch... 2 Pf. Weinstockversuch ab Lager
 Lager F. 1. schon werden mit 3. U in 4. Hlang renzen en.

Virt.-Erbsen Pfd. 7.00
 Grüne Erbsen... Pfd. 7.00
 Maismehl... Pfd. 7.00
 Backobst... Pfd. 14.00
 Speisesalz... Pfd. 6 Pf.
 Koffee-Ers... Pfd. 16.10

Ro Wurst Pfd. 26.00
 Lan. Leberwurst... Pfd. 26.00
 Grobe Meiwurst... Pfd. 32.00
 Haberstädter... Pfd. 34.00
 Leberwurst... Pfd. 12.00
 A. Rindfleisch... Pfd. 19.00
 Corred beef... Pfd. 15.50

Weizenmehl 8 Pf.
 Montag... 12.50
 1917er Dunkelheimer Feinberg... 15.00
 Weinbrand-verschnitt... 30.00
 Weinbrand-verschnitt... 32.50

Tafelreis Pfd. 8 Pf.
 Montag... 12.50
 1917er Dunkelheimer Feinberg... 15.00
 Weinbrand-verschnitt... 30.00
 Weinbrand-verschnitt... 32.50

Theater-Veranstaltungen

Vollbühne 7 Uhr:
König Lear
Leues Volkstheater
 Adenauer Straße 68.
 7 1/2 Uhr: **Heuchler**
Staatstheater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: **Die Vögel**
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr:
Peer Gynt
Deutsches Theater
 11 Uhr:
 Cyrano von Bergerac
 Kammerp. ele
Umatol
Größes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr
Erasmus in der Unterwelt
 Theater 1.
Schnitzgüter Str.
 7.30: **Die drei Schwestern**
Komödienhaus:
 Karussell
 Maria Orska
Berliner Theater:
 7.30 Uhr:
Giner von Sinesse
Komische Oper
 7 1/2 Uhr:
Der Herr der Welt
Theater des Ostens
 7 1/2 Uhr:
ROTTER-DÜNNEN
 7 1/2 Uhr:
Trianon-Theater
Kleines Theater:
Sokolajadenmadchen
Resident-Theater
Les Freres Solitaires

Demnächst erscheint
Das Reichsmietengesetz
 Systematische Darstellung
 nebst Kommentar
 von
 Dr. Kurt Boehnelm
 und
 Dr. Paul Herz.
 Preis ca. 8.- Mark
 :: Vorausbestellungen schon jetzt erbeten ::
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Phorosanos
 (Deutsch-Reichs-Patent)
 zu schmerzlos und rasch...
 besonders hartnäckige Ausflüsse...
 Dr. Kurt Boehnelm
 Dr. Paul Herz
 Preis ca. 8.- Mark
 :: Vorausbestellungen schon jetzt erbeten ::
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Geschichte der USPD.
 Von Eugen Prager
 in dauerhaften
 Halbleinband
50.- Mark
Neue Auflage
 sogleich erschienen
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Almetalle
 kauft zu hohen Preisen
 J. Abusch, Metall-En. 105
 U 27, am alten Markt 5
 über Alexanderplatz
 Fahrkosten wird. verb.
Almetalle
 kauft dauernd zu
 hohen Preisen
 Charly, Heidestr. 18.
 Informationsgeschäft
 Wilhelm 762.
Almetalle
 kauft hohe Preise. Ober-
 lander Str. 1, Neumarkt-
 corner Str. 10.
Hautjucken
 Hautauslösung, der
 Krätze befreit das
 schmerzliche Mittel
Pernivania
 Bäderer Erfolge, leichte
 Anwendung, 1. Version
 10 Pf. 2. Version
 15 Pf. franko.
 Edelstr. 1, Re. 1,
 Grottenstraße 38.

Maifeier!
 Künftige rote Maifeier
 mit Nabel, prachtvoll
 dekoriert, abends um
 8.00 Uhr ab Minimallöhne
 (einschl. Vorrat, 1000
 Stück) ca. 1.50 v. franko.
Wilhelm Brandt,
 Minimallöhne,
 Götterstr. 64.

Raumtabak.
 Pfd. 13 Mk.
 Holländer... 20 Pf.
 3. Quart. Frauen... 20 Pf.
 Dorothea... 20 Pf.
 Gold Tabak... 17 Pf.
Rund Dr. Jan... 10 Pf.

Extra billige
 Angebot für
 gediegene
Möbel
 Schlaf-,
 Speise-, Herren-,
 Zimmer, Küchen
 Zahlungs-
 erleichterung.

Möbel Frese
 Webergweg 1
 (Rosenthalerplatz)

Stück von 70 Mk an
TRAURINGE
 billiger
 stets vorrätig am Lager
Trauringefabrik M'noga
 BERLIN O.
 Grüner Weg 69
 1. Platz
 Rosenthaler Straße 31

Vertänje
 Stange...
Arbeitsmarkt
Werkzeuge und Maschinen
Schneiderei
Schulung
Selbstbau
Unterricht

Dixie
 Gewaschenes
 Dixie
 Seifenpulver
 Hemker & Co
 Düsseldorf

Garderoben
 für Herren und Damen...
Teilzahlung
 Beispiele:
 Anzüge M. 1100.-, 150.-, 1200.-, 1300.-
 Damenkleider M. 100.-, 100.-, 100.-, 100.-
 und darüber
 Damenmäntel für den Winter und auch
 fürs Frühjahr... M. 62.-, 70.-, 90.-
 Ausserdem: Grosse Auswahl in Cutaways,
 gestreiften Hosen, Schilppern, Paletots für
 Herren, K.-s. Linen, Röcken usw. für Damen
Weinbergsweg 4, 1. Et.
Grebler, am Rosenthaler Platz.

Soeben erschienen
N. Lenin u. G. Sinowjew
Gegen den Strom
 Aufsätze aus den Jahren 1914-1916
 Anfang: Namensregister | Verzeichnis
 der Zeitschriften und Zeitungen | Kon-
 gresse und Konferenzen. 536 Seiten
 Preis brosch. Mk. 60.-, geb. 80.-, (Org. brosch. Mk. 30.-, geb. 45.-)
 (Der ab 1. Januar geltende Preisauflage ist eingerechnet)
 *
 Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf.
 Louis Cahnbley, Hamburg
 sowie sämtliche Buchhandlungen u. Organisationen der K.P.D.

Kleine Anzeigen

Werkzeuge und Maschinen
 Schneiderei
 Schulung
 Selbstbau
 Unterricht

Schulung
 Selbstbau
 Unterricht

Selbstbau
 Unterricht

Unterricht

Verfahren in Zigarrengeschäften
 echte Kapitän-Kautabak...
 Dorothea, Berlin, Lichtstr. 22, Agst. 2001